

**JA** zur Umverteilungsinitiative  
– Sparen beim Militär  
am 26. November 2000

# Argumentarium

Sekretariat

Ja zur Umverteilungsinitiative – Sparen beim Militär

Postfach 246, 3000 Bern 13

Tel. 031 311 70 87

Fax 031 311 77 94

Email: [arw.fripo@schweiz.org](mailto:arw.fripo@schweiz.org)

Internet: [www.umverteilen.ch](http://www.umverteilen.ch) (ab 1.10.)



*die*  
*friedenspolitischen*  
*Initiativen*

## «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (Umverteilungsinitiative)»

Die Volksinitiative lautet:

Art. 197

Übergangsbestimmungen nach Annahme der Bundesverfassung vom 18. April 1999

### 1. Übergangsbestimmung zu Art. 57 (Sicherheit)

- 1 Der Bund kürzt schrittweise die Kredite für die Landesverteidigung, bis die Ausgaben für die Landesverteidigung spätestens zehn Jahre nach Annahme dieser Übergangsbestimmung auf die Hälfte der Rechnung des Jahres 1987 reduziert sind. Die Teuerung wird dabei ausgeglichen.
- 2 Die Bundesversammlung legt alle vier Jahre gesetzlich fest, wie die so eingesparten Mittel zu verwenden sind.
- 3 Ein Drittel der eingesparten Beträge wird dabei eingesetzt für zusätzliche internationale Friedenspolitik (Entwicklungszusammenarbeit, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Konfliktverhütung, friedliche Streitbeilegung, Abrüstung und kollektive Sicherheit).
- 4 Der Bund fördert die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen auf zukunftsgerichtete zivile Güter und Dienstleistungsangebote und unterstützt vom Abrüstungsprozess betroffene Beschäftigte und Regionen. Der Bund eröffnet zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen einen Konversionsfonds von 1 Milliarde Franken.

**JA** zur Umverteilungsinitiative  
– Sparen beim Militär  
am 26. November 2000

# Die Militärausgaben umverteilen

**Verbleibende Militärausgaben**

**Eingesparte Militärgelder**

**Frieden und  
Entwicklung**  
600 Mio. Fr.

**Sozialpolitik**  
600 Mio. Fr.

**Spareffekt**  
600 Mio. Fr.

1,8 Milliarden Franken setzt die Annahme der Umverteilungsinitiative für zivile Aufgaben jährlich wiederkehrend frei. Zudem schafft der Konversionsfonds zivile Arbeitsplätze.

**Konversionsfonds**  
1 Mia. Fr.

  
die  
friedenspolitischen  
Initiativen

**JA** zur Umverteilungsinitiative  
– Sparen beim Militär  
am 26. November 2000

Folie 01.1b

Notizen

**Deshalb JA:** Die Umverteilungsinitiative setzt die richtigen Prioritäten. Die Gefahren von heute und morgen lassen sich nicht mit Kanonen von unserer Grenze fernhalten. Es braucht wirksame Massnahmen vor Ort. Unsere Sicherheit ist militärisch kaum bedroht. Die weltweiten sozialen Spannungen und drohenden Umweltkatastrophen sind aber äusserst besorgniserregend. Es braucht viel mehr Mittel für Konfliktverhütung, Friedensförderung und sozialen Ausgleich im In- und Ausland, damit unsere Sicherheit langfristig gewährleistet werden kann.

**Unhaltbar ist** die Behauptung, die Umverteilungsinitiative gefährde die Sicherheit der Schweiz. Unsere Sicherheit gefährden jene, die sich an überholte militärische Verteidigungsvorstellungen klammern und knappe Mittel dort verschleudern, wo es keine Bedrohung mehr gibt.

### Zur Erläuterung

Die Umverteilungsinitiative erteilt in der Verfassung zeitlich befristet vier Aufträge:

- einen Sparauftrag
- einen Friedensförderungsauftrag
- einen zusätzlichen Umverteilungsauftrag
- einen Innovationsauftrag

Der **Sparauftrag** setzt die richtigen Prioritäten: **Sparen beim Militär!** Absatz 1 der Umverteilungsinitiative verpflichtet den Bund, die Ausgaben für die Landesverteidigung, d.h. beim Militär, dem Zivilschutz, der wirtschaftlichen Landesversorgung (Pflichtlager) und der sog. psychologischen Landesverteidigung von heute 5 Milliarden Franken schrittweise bis zum Jahre 2010 auf gut 3,1 Milliarden um **rund einen Drittel** zu kürzen. Das Ausmass der Sparschritte legt die Bundesversammlung jährlich mit dem Bundesvoranschlag fest. Vorleistungen werden honoriert, da das Stichjahr 1987 gilt. Die Teuerung wird ausgeglichen.

Der **Friedensförderungsauftrag** in Absatz 3 bestimmt, dass etwas über 600 Millionen Franken, d. h. **ein Drittel** der am Ende jährlich eingesparten gut 1,8 Milliarden Franken, für zusätzliche internationale Friedensförderung eingesetzt werden: für Konfliktverhütung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen u.a.m. Damit werden in der Sicherheitspolitik neue Prioritäten festgelegt.

Der **Umverteilungsauftrag** in Absatz 2 sieht vor, dass die Bundesversammlung alle vier Jahre gesetzlich festlegt, wie die eingesparten Mittel zu verwenden sind. Das Initiativkomitee will, dass **die übrigen zwei Drittel** des eingesparten Geldes für sozial- oder bildungspolitische Anliegen in der Schweiz und zur Senkung des Bundesdefizites verwendet werden.

Der **Innovationsauftrag** in Absatz 4 verpflichtet den Bund, mit **1 Milliarde Franken** die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen auf zukunftsgerichtete zivile Güter und Dienstleistungsangebote zu fördern und betroffene Beschäftigte und Regionen zu unterstützen.

## «Gegen unwahrscheinliche Gefahren wirksam gerüstet...»

Die Kommission Brunner und der Bundesrat geben der Umverteilungsinitiative recht:

«Die Schweiz ist gegen unwahrscheinlich gewordene Gefahren wirksam gerüstet, aber auf die wirklichen Gefahren von heute und morgen ungenügend vorbereitet.» Kommission Brunner, These 3.5

«Eine gewisse Umverteilung ist unvermeidlich, um die Strategie der 'Sicherheit durch Kooperation' erfolgreich umzusetzen. Die Ressourcenzuteilung muss in nachvollziehbarer Weise den effektiven Bedrohungen, Risiken und Gefahren entsprechen.» Der Bundesrat in seinem vom Parlament gutgeheissenen sicherheitspolitischen Bericht «SIPOL 2000», S. 70.



JA zur Umverteilungsinitiative  
– Sparen beim Militär  
am 26. November 2000

Folie 07.1b

### Zur Erläuterung

Der Bundesrat passte in programmatischer Hinsicht die Aussen- und Friedenspolitik der Schweiz nach dem Ende des Kalten Krieges rasch an die grundlegend neue internationale Situation und die Herausforderungen einer globalisierten Welt an. Den Lippenbekenntnissen folgten aber nie entsprechende Taten.

Der Bundesrat verpflichtete sich am **Gipfeltreffen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)** vom 3. Dezember 1996 in Lissabon, ihre Mittel «zur Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowie ihre Fähigkeit, zur Normalisierung der Lage nach Konflikten beizutragen, zu verbessern», die «Sicherheitsrisiken aufzuzeigen, die aus wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Problemen entstehen, und deren Ursachen und mögliche Auswirkungen zu erörtern» und «Massnahmen zu treffen, um die von diesen Risiken herrührenden Schwierigkeiten zu beseitigen».

Diese neue Vision einer kooperativen Friedensgestaltung kündigte sich schon im **sicherheitspolitischen Bericht von 1990** an. Der Bundesrat forderte darin eine «möglichst enge sicherheitspolitische Kooperation auf dem Gebiet der Friedensförderung» und kündigte eine «erhöhte Kooperations- und Hilfsbereitschaft und zusätzliche Beiträge an die Bemühungen, internationale Krisen zu bewältigen» an.

**Deshalb JA:** Die Umverteilungsinitiative nimmt den Bundesrat beim Wort. Seit zehn Jahren betont er, dass die militärische Bedrohung klein, die existentiellen Risiken aber gross sind. Dennoch passt er die Verteilung der Mittel nicht an. Verkrustete Strukturen, Pfründendenken und militärisches Denken aus der Zeit des Kalten Krieges verhindern dies. Erst die Umverteilungsinitiative wird die Weichen neu stellen.

**Unhaltbar ist** die Behauptung, Umverteilungsinitiative sei überholt. Sie ist aktueller denn je. Sie ermöglicht, endlich zu verwirklichen, was alle als notwendig erkannt haben. Ende August 2000 betonte Bundesrat Josef Deiss an der Jahresversammlung der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) erneut die zentrale sicherheitspolitische Bedeutung der zivilen Konfliktverhütung und Konfliktbewältigung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Er verschwieg aber, dass die Schweiz noch viel zu wenig dazu beiträgt.

Noch deutlicher war der Bundesrat 1993 in seinem **Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den 1990er Jahren:** Darin erklärte der Bundesrat die «Friedensförderung, Konfliktprävention und kollektive Sicherheit» zu seinen aussenpolitischen «Leitideen». **Fünf Ziele** sollten wegweisend sein: 1. Die Wahrung und Förderung von Sicherheit und Frieden, 2. Die Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat, 3. Die Förderung der Wohlfahrt, 4. Der Abbau sozialer Gegensätze und 5. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

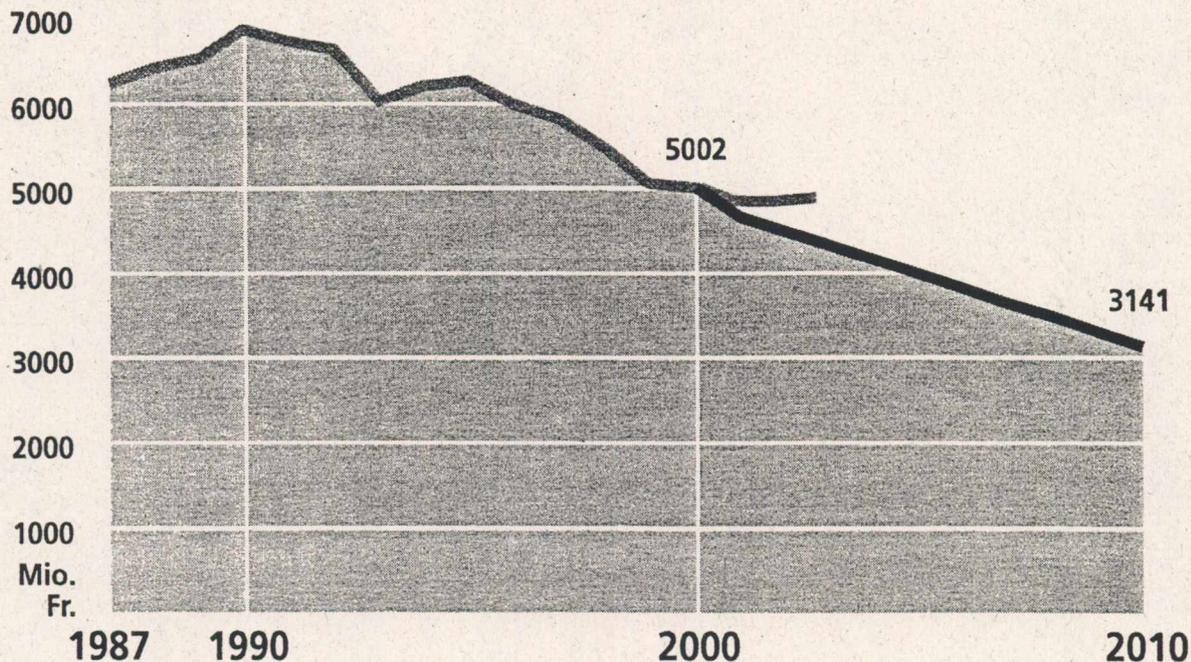
Diese fünf Grundsätze verdeutlichte der Bundesrat in seinem **Nord-Süd-Leitbild von 1994.**

Trotzdem beansprucht die militärische Landesverteidigung weiterhin den grössten Teil der finanziellen, institutionellen und personellen Mittel. Eine Aussenpolitik, die auf blossen Lippenbekenntnissen beruht, ist unglaubwürdig. Die Umverteilungsinitiative ermöglicht, endlich die vorhandenen, zukunftsweisenden Konzepte in die Tat umzusetzen.

## Notizen

# 1,8 Milliarden Franken umverteilen

Landesverteidigungsausgaben 1987-2010, real



die  
friedenspolitischen  
Initiativen

JA zur Umverteilungsinitiative  
– Sparen beim Militär  
am 26. November 2000

Folie 03.1b

grün: Gemäss Bundesrat

blau: Gemäss Umverteilungsinitiative

Quelle: 1987–1999: Staatsrechnung; 2000: Voranschlag; 2001–2003: Finanzplan; 2004–2010: Berechnungen des Initiativkomitees. Verwendete Deflatoren: 1987–1999: ausgabenspezifischer Deflator der Finanzverwaltung; 2000–2003: Annahme Bundesrat; 2004–2010: Annahme einer Nullteuerung.

## Nominale und reale Landesverteidigungsausgaben 1987-2003 (Mio. Franken / Index)

Jahr	R 87	R 88	R 89	R 90	R 91	R 92	R 93	R 94	R 95	R 96	R 97	R 98	R 99	V 00	F 01	F 02	F 03
Nominal Mio. Fr.	4855	5155	5445	6053	6202	6249	5753	5935	5856	5580	5395	5353	4988	5002	4795	4867	4907
Real (2000=100) Mio. Fr.	6282	6452	6577	6932	6816	6651	6022	6241	6375	6028	5779	5568	5050	5002	4701	4680	4629
Index real, 1987=100	100.0	102.7	104.7	110.3	108.5	105.9	95.9	99.4	101.5	96.0	92.0	88.6	80.4	79.6	74.8	74.5	73.7

## Zahlenmässige Umsetzung des Kürzungsauftrages, 2001-2010 (Teuerung «null»)

Jahr	V 00	F 01	F 02	F 03	P 04	P 05	P 06	P 07	P 08	P 09	P 10	
Index Umverteilungs-In.	79.6	74.3	71.6	68.9	66.2	63.5	60.8	58.1	55.4	52.7	50	
Gekürzte LV-Ausgaben	5002	4668	4498	4328	4159	3989	3819	3650	3480	3311	3141	
Friedensdividende	0	334	504	674	843	1013	1183	1352	1522	1691	1861	10977 (Summe 2001 – 2010)

**Deshalb JA:** Bundesrat und Parlament haben zwar die Ausgaben für die Landesverteidigung gesenkt, **die eingesparten Gelder aber nicht in eine neue, wirksame Friedens- und Sicherheitspolitik investiert.**

Dies ist leichtsinnig. Unsere Sicherheit erfordert, dass endlich wirksame Massnahmen für mehr soziale Gerechtigkeit im In- und Ausland und gegen die globale Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen ergriffen werden. Mit der Umverteilungsinitiative werden dafür jährlich wiederkehrend zusätzliche 1,8 Milliarden Franken freigesetzt.

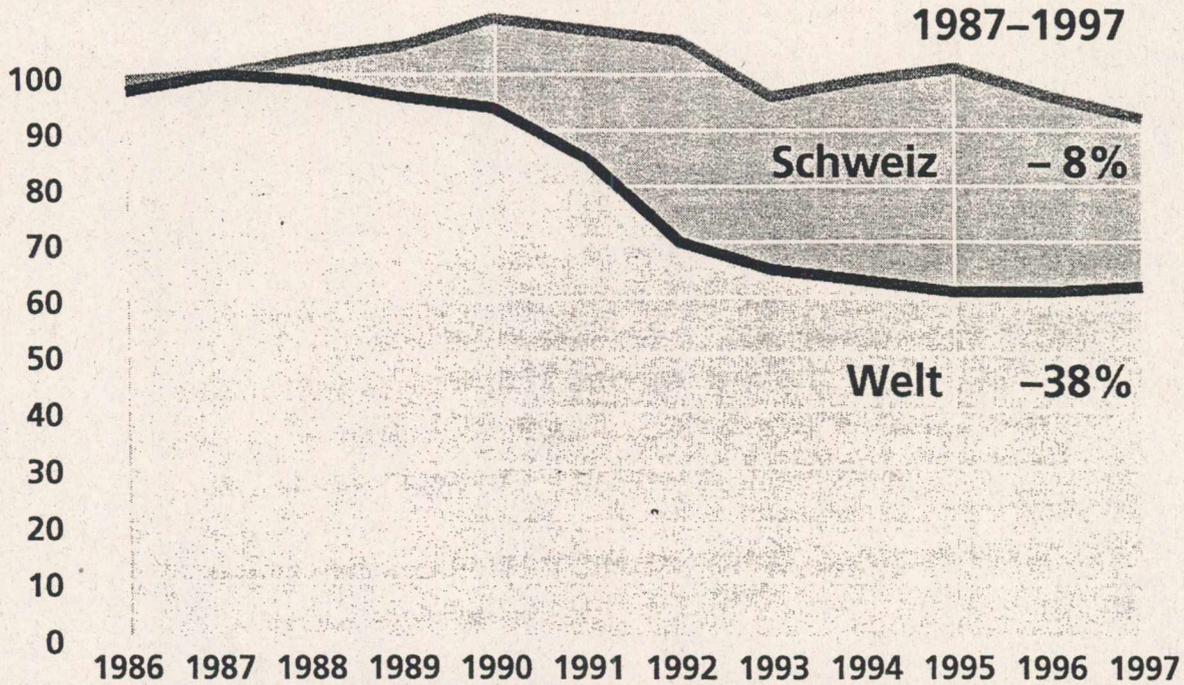
**Unhaltbar ist** die Behauptung, das Militärdepartement habe bereits **9 Milliarden gespart.** Seit 1987 – dem Basisjahr der Initiative – gingen die Bundesaussgaben für die Landesverteidigung teuerungsbereinigt und in heutigem Geldwert bloss um gut 1,2 Milliarden zurück. Wer daraus 9 Milliarden macht, manipuliert die Statistik. Diese Zahl entstand, indem das VBS die eigenen, völlig überrissenen Finanzplanzahlen zur Bezugsgrösse erklärte. Deren Korrektur hat mit Sparen jedoch nichts zu tun. Vielmehr legen diese 9 Milliarden offen, dass das VBS noch Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges in seinen langfristigen Finanzplänen groteske Steigerungen der Militärausgaben vorsah. Es ist nicht akzeptierbar, dass die Armee laut Bundesrat zwar kleiner werden muss, aber gleich viel oder gar mehr kosten soll.

### **Zur Erläuterung**

Die Initiative will die Bundesaussgaben für die Landesverteidigung gemessen am Stand vom letzten Jahr im Kalten Krieg, 1987, halbieren. Die Teuerung wird ausgeglichen. Nominal gab der Bund 1987 für die Landesverteidigung 4855 Millionen aus, im Geldwert von heute 6282 Millionen Franken. Im Jahre 2000 sind es 5002 Millionen oder 20 Prozent weniger. Weitere 30 Prozent – 1861 Millionen Franken – sind zu sparen. Auch der Bundesrat kommt in seinen Berechnungen auf einen zusätzlichen Sparbedarf von 1,8 Milliarden Franken, obschon er andere Annahmen über die Teuerung trifft als das Initiativkomitee. Die Umverteilungsinitiative sorgt dafür, dass **der eingeleitete Spartrend massvoll fortgesetzt** wird.

### **Notizen**

## Rückgang der Militärausgaben



  
die  
friedenspolitischen  
Initiativen

**JA** zur Umverteilungsinitiative  
– Sparen beim Militär  
am 26. November 2000

Folie 04.1b

Quelle: U.S. Department of State, Bureau of Arms Control (ed.): World Military Expenditures and Arms Transfers 1998, Washington D.C.: January 2000, Table 1.

Bundesbudget 1999, S. 226: Tab. 008 «Ausgaben nach Aufgabengebieten, Indizes 1980-1999», eigene Berechnungen.

**Deshalb JA:** Die Schweiz bildet mit ihren grotesk überhöhten Militärausgaben im internationalen Vergleich einen Sonderfall. Die weltweiten Militärausgaben gingen zwischen 1987 und 1997 um 38% zurück. Die Schweiz senkte ihre hingegen bloss um 8%.

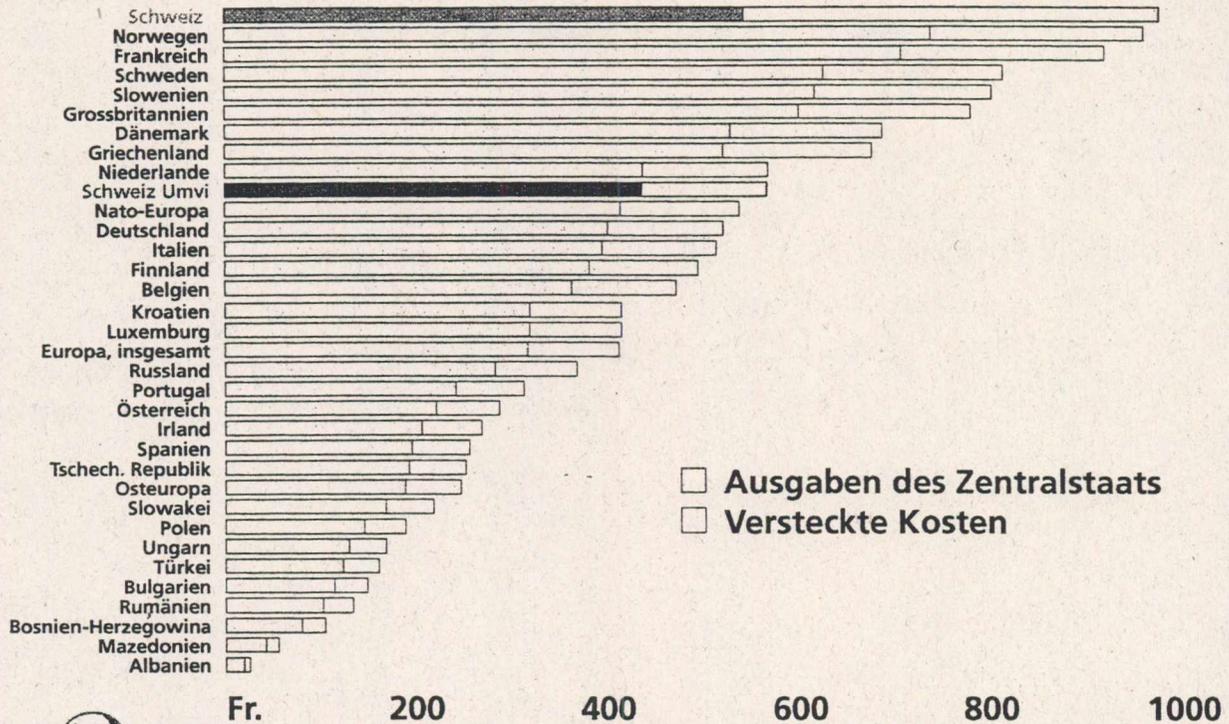
**Unhaltbar ist** die Forderung, die Schweiz müsse sich dem in den USA und einigen anderen Staaten beobachtbaren Trend anschliessen, die Militärausgaben wieder zu steigern. Es gibt dafür keine sicherheitspolitische Begründung, sondern hat nur mit Machtkalkülen innerhalb der NATO zu tun. Deutschland, Schweden und viele andere Staaten planen deshalb weitere namhafte Kürzungen ihrer Militärausgaben.

### Zur Erläuterung

Die neuesten, gesicherten Zahlen über die weltweiten Militärausgaben beziehen sich auf das Jahr 1997. Das Büro für Rüstungskontrolle des US-Staatsdepartementes veröffentlichte sie im Januar 2000. Die globalen Militärausgaben waren 1995/96 gegenüber ihrem Höhepunkt von 1987 teuerungsbereinigt um 40% zurückgegangen, **jene der Industrieländer allein gar um 46%**, also nahezu auf die Hälfte, wie dies die Umverteilungsinitiative fordert. Nur die Schweiz leistete sich den Luxus, die ihren 1987 bis 1997 bloss um 8% zu senken. Nach 1996 stabilisierten sich die weltweiten Militärausgaben, während jene der Schweiz weiter leicht zurückgingen. Bereits kündigt der Bundesrat in seinem Finanzplan aber an, sie auf dem heutigen hohen Stand einzufrieren, ja wieder leicht zu erhöhen. Dies ist angesichts der fehlenden militärischen Bedrohung absurd.

### Notizen

## Schweiz: Höchste Pro-Kopf-Militärausgaben in Europa



die friedenspolitischen Initiativen

JA zur Umverteilungsinitiative  
- Sparen beim Militär  
am 26. November 2000

Ausgaben des Zentralstaats (dunkel) und volkswirtschaftliche Kosten (hell) der Landesverteidigung, 1998.

Quelle: US Department of State, Bureau of Arms Control, January 2000; eigene Berechnungen. Schweiz volkswirtschaftliche Kosten: plus 80% der Zentralstaatsausgaben. Alle anderen Länder: plus 30% Zentralstaatsausgaben. Schweiz auf der Basis einer Wohnbevölkerung von 6874000 Einw.

### Zur Erläuterung

Die Landesverteidigung verursacht nicht nur im Bundeshaushalt hohe Ausgaben. Infolge der Wehrpflicht und weiterer rechtlicher Anordnungen lastet die Landesverteidigung auch den privaten Haushalten und Unternehmungen hohe Kosten auf. Unabhängige Berechnungen gehen davon aus, dass in der Schweiz die Kosten der Landesverteidigung rund doppelt so hoch sind, als der Bundesrat in der Staatsrechnung ausweist. Das Schaubild beruht auf der Annahme, dass **die versteckten Kosten in der Schweiz 80% höher** sind als die offiziell bekannt gegebenen. Auch in anderen Staaten gibt es versteckte Kosten. Zwar sind dort die Kosten der Wehrpflicht viel niedriger als in der Schweiz, da hierzulande die Soldaten bis 42jährig Wiederholungsdienste leisten. Aber auch in den meisten anderen Staaten weist das Budget des Verteidigungsministeriums nur einen Teil der Militärausgaben aus. So sind beispielsweise die Altersrenten für pensionierte Berufssoldaten oft dem Sozialhaushalt angelastet. Das Schaubild

**Deshalb JA:** Kein anderes Land in Europa lässt sich die Armee insgesamt pro Kopf der Bevölkerung so viel kosten wie die Schweiz. Die Umverteilungsinitiative ist bescheiden – viele finden, allzu bescheiden: Ihre Annahme hätte zur Folge, dass sich die Schweiz ihre Armee pro Kopf der Bevölkerung insgesamt gleich viel kosten lässt wie der Durchschnitt der europäischen NATO-Staaten. Das ist immer noch mehr als Deutschland.

**Unhaltbar ist** der Vorwurf, die Umverteilungsinitiative führe zu einer gefährlichen Fixierung der Armeeausgaben und **eine Budget-Quote in der Verfassung schränke die Handlungsfreiheit des Bundesrates unnötig ein.** Es ist üblich, die Politik über das Budget zu steuern: Auch das AHV-Mehrwertsteuerprozent und das Kostendach für die NEAT sind in der Verfassung verankert. Die meisten mit der Schweiz vergleichbaren Staaten verfügen gerade im Militärbereich über ausgeklügelte Budget-Planungs-Systeme (BPS), in denen das Kostendach den wichtigsten Eckwert liefert. – Gefährlich ist vielmehr, weiterhin die meisten Mittel dort einzusetzen, wo die Risiken am kleinsten sind. Die Umverteilungsinitiative beruht auf einem kohärenten, umfassenden und bedrohungsgerechten sicherheitspolitischen Konzept. Sollte die militärische Bedrohung eines Tages die neuartigen existentiellen Bedrohungen an Gefährlichkeit wieder übertreffen, bleibt der Schweiz auch bei Annahme der Umverteilungsinitiative die volle Handlungsfähigkeit gewahrt. Die Initiative verankert in den Übergangsbestimmungen der Verfassung eine Vorschrift, die nach zehn Jahren ihre Wirkungskraft verliert. Sollte vorher eine Anpassung notwendig sein, kann das Volk jederzeit darüber befinden.

beruht auf der Annahme, dass **die versteckten Kosten in anderen Staaten 30% höher** sind als die offiziell bekannt gegebenen.

Werden allein die direkten Militärausgaben verglichen, belegt die Schweiz nach dem Erdöl- und Kriegsmarine-Staat Norwegen, der Nuklearmacht Frankreich, dem grosse Kürzungen planenden Schweden, dem vergleichsweise armen Slowenien und der Weltmacht Grossbritannien in Europa immer noch Platz sechs der pro-Kopf-Militärausgaben. Nach Annahme der Umverteilungsinitiative würde die Schweiz etwa gleich viel für die Armee ausgeben wie der Durchschnitt der europäischen NATO-Staaten.

## Armee XXI

des Bundesrates

### Eine Wehrpflichtarmee

Kleinere Bestände steigende Kosten

Soldaten: 120000

Dienstalter: 30–32

Diensttage: 270–300

### Der Rüstungsbedarf

2 bis 4 Mia. Fr. jährlich

nicht finanzierbar rasch veraltet

### Der Auftrag

Offensive im «operativen Vorfeld»  
(120 km jenseits der Landesgrenze)

teure Mechanisierung

aussenpolitisch riskant

Zivilbevölkerung stark gefährdet

Mittlere Eignung für Friedensmissionen

## Armee 2005

der Umverteilungsinitiative

### Eine Wehrpflichtarmee

Kleinere Bestände kleinere Kosten

Soldaten: 120000

Dienstalter: 30

Diensttage: 200

### Der Rüstungsbedarf

1.3 Mia. Fr. jährlich

problemlos finanzierbar top-modern

### Der Auftrag

defensivorientierte Verteidigung

kostengünstig, wirksam

nicht provokativ

Zivilbevölkerung bestmöglich geschützt

Hohe Eignung für Friedensmissionen



**JA** zur Umverteilungsinitiative  
– Sparen beim Militär  
am 26. November 2000

Folie 06.1b

## Zur Erläuterung

Das von der SP Schweiz 1995 veröffentlichte Modell einer «Armee 2005» des international bekannten Militärexperten Lutz Unterseher beweist: Grösste militärische Schlagkraft, Modernisierungsfähigkeit und internationale Integrationsfähigkeit ist mit wesentlichen Einsparungen erhältlich, sofern alte Zöpfe abgeschnitten werden, der Auftrag die Defensive betont und der Schutz der Zivilbevölkerung im Zentrum steht.

Fünf Jahre nach den InitiantInnen hat auch der Bundesrat die Qualitäten des Modells «Armee 2005» erkannt: Die am 31. Mai 2000 veröffentlichten **Politischen Leitlinien zum Armeeleitbild XXI übernehmen zentrale Eckwerte**, welche die Umverteilungsinitiative schon 1995 vorgeschlagen hat: Die Reduktion der Bestände auf 120000 Soldaten und die Reduktion des Dienstalters auf 30. Freilich ist klar: 200 Diensttage genügen. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen 270–300 sind zuviel.

Kühn ist hingegen die bundesrätliche Ansicht, eine kleinere Armee solle mehr kosten. Das Modell «Armee 2005» zeigt: Weniger Soldaten, kürzere Ausbildungszeiten, eine intelligente Organisation und situationsgerechte Bereitschaft setzen sehr viele Betriebsmittel frei. So bleibt auch mit wesentlichen Einsparungen genug, um eine hochmoderne Ausrüstung zu gewährleisten.

Der Bundesrat betont in seinen Politischen Leitlinien, die Armee XXI solle im «operativen

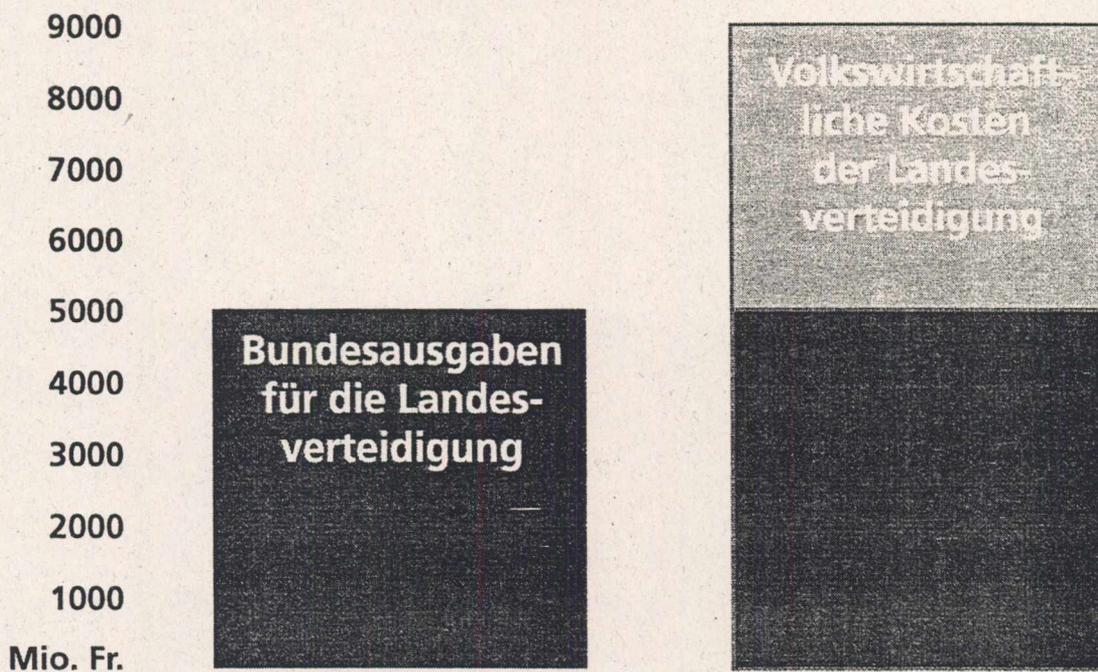
**Deshalb JA:** Mehrere Studien beweisen: Auch nach Annahme der Umverteilungsinitiative verfügt die Schweiz über eine **militärisch äusserst schlagkräftige, hoch moderne** und auch für internationale Friedensmissionen bestens gerüstete Armee.

**Unhaltbar ist** die Behauptung, die Umverteilungsinitiative bedeute **Abschaffung in Raten** oder gefährde die eingeleitete Armee reform. Das Gegenteil ist wahr: Es sind die rechtsnationalen Militaristen, welche die Ogi-Reform gefährden. Wer die sicherheitspolitische Öffnung der Schweiz will, stimmt JA für die Umverteilungsinitiative.

Vorfeld», d. h. 120 Kilometer jenseits der Landesgrenze, ihre grossen Schlachten schlagen können. Dies ist extrem teuer, da dies einen hohen Mechanisierungsgrad erfordert; es ist auch aussenpolitisch extrem riskant, da dort ebenfalls Menschen wohnen; es gefährdet die Zivilbevölkerung in höchstem Mass, da dies weiträumige Armeebewegungen erfordert; und es ist wegen der Betonung der Offensive für friedenserhaltende Einsätze wenig geeignet. Der Auftrag an die «Armee 2005» ist demgegenüber defensiv orientiert: dies spart hohe Kosten, da Truppenbewegungen nur gezielt erfolgen; ist nicht provokativ, da nicht angriffsorientiert; und schützt die Zivilbevölkerung, da sogenannte Kollateralschäden bestmöglich vermieden werden. Die «Armee 2005» ist deshalb auch für friedenserhaltende Einsätze zum Schutz der Zivilbevölkerung in Krisengebieten hervorragend geeignet.

Die Abstimmung über die Umverteilungsinitiative ist **keine Abstimmung über Armeemodelle**. In einer weiteren Studie zeigten 1997 Lutz Unterseher und Peter Hug mit dem Modell «Armee 2010» auf, dass nach Verwirklichung der «Armee 2005» eine weitere Reform mit der Umverteilungsinitiative vereinbar wäre, in der auch auf die Wehrpflicht verzichtet wird. Das Modell «Armee 2010» rechnet mit 15000 Zeitsoldaten, die nach ihrer drei- bis fünfjährigen Dienstzeit noch während zwanzig Jahren als Reservisten zur Verfügung stehen. So ist im Fall der Fälle eine Aufwuchsfähigkeit auf 60000 Soldaten gewährleistet.

# Die Armee kostet das Doppelte



  
die  
friedenspolitischen  
Initiativen

**JA** zur Umverteilungsinitiative  
– Sparen beim Militär  
am 26. November 2000

Folie 07.1b

Notizen

**Deshalb JA:** Die überbordende Armee gefährdet den Wirtschaftsstandort Schweiz. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft leidet unter der schweren Bürde eines überholten militärischen Konzepts. Die Umverteilungsinitiative ist nötig, damit das ausufernde Militärwesen nicht den Aufschwung gefährdet. Sie ist das beste Revitalisierungsprogramm, das unserer Wirtschaft je angeboten wurde.

**Unhaltbar ist** die Behauptung, **hohe Militärausgaben seien für die Wirtschaft gut.** Vor fünfzig Jahren mag das Schlagwort «Arbeit durch Rüstung» unter völlig anderen Bedingungen seine Berechtigung gehabt haben. Angesichts der Globalisierung ist für die OECD und alle Ökonomen klar: Wer zuviel Ressourcen ins Militär steckt, richtet seine Wirtschaft zugrunde.

### Zur Erläuterung

Im Bundesvoranschlag ist nachzulesen, die Landesverteidigung verursache beim Bund im Jahre 2000 Kosten von 5 Milliarden Franken. Dies ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Die Landesverteidigung verursacht insgesamt **volkswirtschaftliche Kosten von rund 9 Milliarden Franken.**

Beim Bund fallen zusätzlich zu den unter dem Titel Landesverteidigung ausgewiesenen 5 Milliarden weitere substantielle Ausgaben zur Finanzierung der Militär- und Zivilschutzdienstpflicht an, so bei der Erwerbsersatzordnung (EO) 550 Millionen und der Militärversicherung 250 Millionen. Hinzu kommen Militär- und Zivilschutzausgaben der Kantone und Gemeinden von zusammen rund 400 Millionen Franken. Zu diesen budgetären Ausgaben von insgesamt 6200 Millionen Franken kommen in keinem öffentlichen Haushalt ausgewiesene Kosten, welche die Dienstpflichten und weitere rechtliche Anordnungen den privaten Haushalten und Unternehmen aufbürden. Von der EO und dem Sold nicht gedeckte Kosten der Wehrpflicht machen jährlich 1700 Millionen Franken aus. Hinzu kommen ausserdienstliche Tätigkeiten der Kader und das ausserdienstliche Schiesswesen von weiteren über 100 Millionen Franken. Die Pflichtlagerhaltung bürdet den Unternehmen rund 300 Millionen Franken auf, der von den Hausbesitzern zu finanzierende Bau von Zivilschutzbunkern zusätzliche 100 Millionen. Zusammen mit dem Nutzungsverlust des vom Militär beanspruchten Bodens von über 600 Millionen Franken kommen wir im Jahre 2000 auf volkswirtschaftliche Kosten der Landesverteidigung von insgesamt rund 9 Milliarden Franken.

## Die Umverteilungsinitiative setzt vielerorts grosse Mittel frei, die eine Bildungsoffensive und sozialpolitische Verbesserungen finanzieren können

Ort der Freisetzung	Betrag	Mögliche Verwendung
Bundeshaushalt	1800 Mio. Fr.	600 Mio. internat. Friedensförderung 1200 Mio Finanzierung des demografie-bedingten Mehr-aufwandes bei der AHV plus Rentenerhöhung von Fr. 400/Jahr
Erwerbsersatzordnung	700 Mio. Fr.	Ruhestandsrente ab Alter 62 für Frauen und Männer
Militärversicherung	250 Mio. Fr.	Flexibilisierung des Rentenalters, spürbare Verbesserung
Kantone, Gemeinden	400 Mio. Fr.	Schul- und Weiterbildung für Jugendliche, Integration
Arbeitnehmer/innen	700 Mio. Fr.	belebende Konsumausweitung durch Lohnerhöhung
Private Unternehmen	1000 Mio. Fr.	100 Mio für Diversifizierung militärabhängiger Arbeitsplätze 900 Mio für umfassende Weiterbildungsoffensive für Arbeitnehmer und -nehmerinnen
Kader	60 Mio. Fr.	Qualifizierungsprogramme, Förderung einer neuen Unternehmenskultur
Pflichtlager	300 Mio. Fr.	Preissenkungen für Konsumenten und Konsumentinnen
Schutzräume	100 Mio. Fr.	Anregung des Baumarktes, Mietsenkungen
Freisetzung von Boden Liegenschaften	600 Mio. Fr.	Attraktiver Beitrag für Jungunternehmer/innenförderung, und Belebung des Kulturangebots, sozialer Wohnungsbau usw.
Strukturelle Verbesserung der Standortqualität		Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit



**JA** zur Umverteilungsinitiative  
– Sparen beim Militär  
am 26. November 2000

Folia 08.1b

**Deshalb JA:** Die Umverteilungsinitiative entlastet nicht nur den Bundeshaushalt um jährlich wiederkehrend 1.8 Milliarden Franken. Eine kleinere Armee setzt bei den Sozialversicherungen und privaten Haushalten und Unternehmen zusätzliche Milliardenbeträge frei, die für eine dringend notwendige Bildungsoffensive und gezielte sozialpolitische Projekte eingesetzt werden können.

**Unhaltbar ist** die Behauptung, die Armee sei gut für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und stärke die Führungsfähigkeit der Wirtschaftskader. Vielmehr bindet sie über den Bundeshaushalt hinaus bei den Sozialversicherungen und privaten Haushalten und Unternehmen Mittel, die dringend für die soziale, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes benötigt werden. Zudem ist ein militärischer Führungsstil in modernen Unternehmen nicht tauglich, sondern führt in den Ruin.

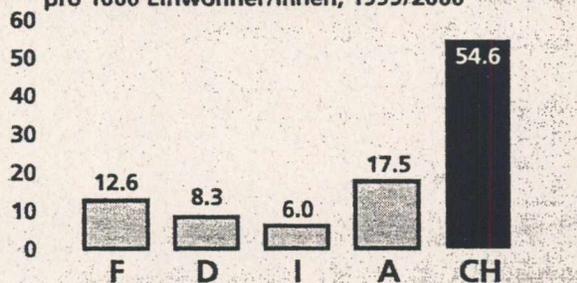
### Zur Erläuterung

Das Schaubild beruht auf der Annahme, dass langfristig das Modell «Armee 2010» verwirklicht wird. Damit würden in den Sozialversicherungen und bei den privaten Haushalten und Unternehmen Milliarden freigesetzt, die für eine Bildungsoffensive und gezielte sozialpolitische Massnahmen eingesetzt werden könnten. Mit der Abstimmung über die Umverteilungsinitiative ist zwar weder ein Entscheid über das zukünftige Armeemodell noch ein Entscheid über die tatsächliche Verwendung der dadurch freigesetzten Mittel verknüpft. Politisch ist aber klar, dass ein JA zur Umverteilungsinitiative **den Handlungsspielraum für dringend benötigte bildungs- und sozialpolitische Massnahmen wesentlich vergrössern** würde. Auch das flexible AHV-Alter ab 62 wäre so problemlos finanzierbar.

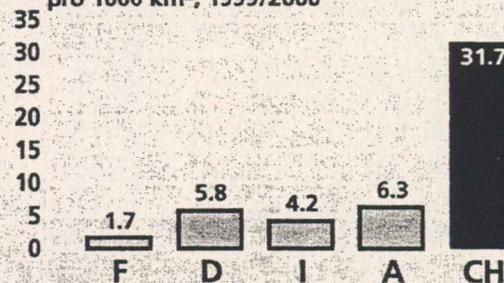
### Notizen

# Überrüstung der Schweiz

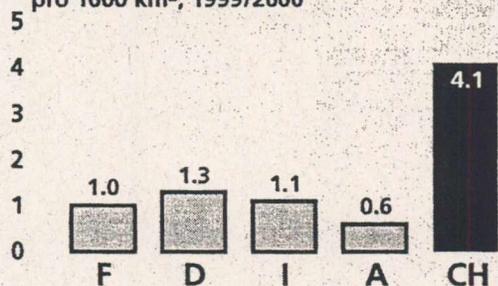
**Soldaten (inkl. Reservisten)**  
pro 1000 Einwohner/innen, 1999/2000



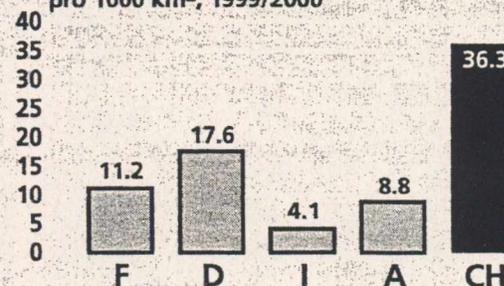
**Artillerie (über 105mm)**  
pro 1000 km<sup>2</sup>, 1999/2000



**Kampfflugzeuge**  
pro 1000 km<sup>2</sup>, 1999/2000



**Schützenpanzer**  
pro 1000 km<sup>2</sup>, 1999/2000



die  
friedenspolitischen  
Initiativen

**JA** zur Umverteilungsinitiative  
– Sparen beim Militär  
am 26. November 2000

fb  
10  
10  
10  
10

Quelle: IISS, Military Balance 1999/2000.

Notizen

**Deshalb JA:** Alle militärischen Kennzahlen machen überdeutlich: **Die Schweiz ist im internationalen Vergleich grotesk überrüstet.** Sie kann sich einen massvollen Abbau ihrer überbordenden Bestände sicherheitspolitisch ohne weiteres leisten.

**Unhaltbar ist** die Behauptung, **umverteilen heisse abschaffen.** Die Umverteilungsinitiative hat auf die Glaubwürdigkeit der Verteidigungspolitik keinerlei Einfluss, sondern beseitigt sicherheitspolitisch nutzlose Überkapazitäten.

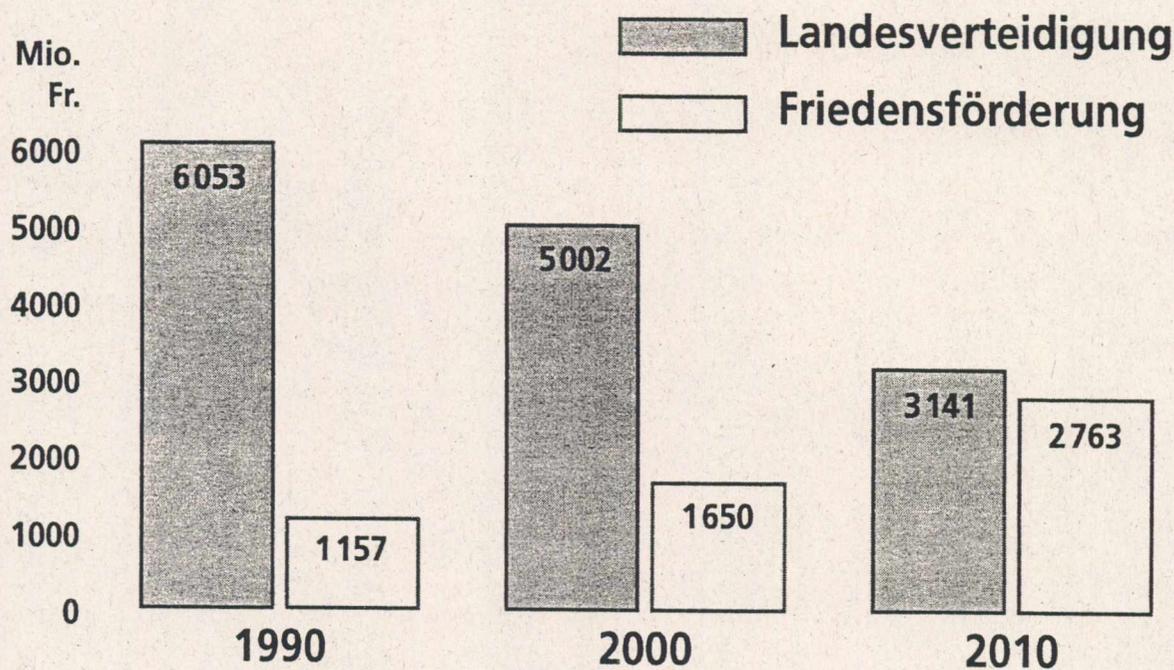
### Zur Erläuterung

Die Schaubilder beruhen auf den aktuellsten Zahlen, die das führende Internationale Institut für Strategische Studien (IISS) in London in seiner Ausgabe 1999/2000 veröffentlicht hat.

Nicht nur gemessen an ihrer Bevölkerung leistet sich die Schweiz heute extrem überhöhte Armeebestände. **Auch in absoluten Zahlen besitzt die Schweiz heute die zweitgrösste Armee in Europa** überhaupt. Im Schaubild sind die Reservisten der vier Nachbarstaaten Frankreich, Deutschland, Italien und Österreich mit einbezogen worden. Wer aber die dortige wehrpolitische Diskussion kennt, der weiss, dass die Reservisten dort jegliche Bedeutung verloren haben. Würden nur die aktiven Bestände verglichen, erschiene die Differenz zur Schweizer Milizarmee noch viel grösser. Auch die geplante «Armee XXI» oder die vorgeschlagene «Armee 2005» wird daran wenig ändern. Die Schweiz wird mit oder ohne Umverteilungsinitiative langfristig über eine der grössten Armeen in Europa überhaupt verfügen.

Noch grotesker ist die Überrüstung der Schweizer Armee mit grossen Waffensystemen. **Kein anderes Land leistet sich eine derart hohe militärische Dichte wie die Schweiz.** Das ist angesichts der fehlenden militärischen Bedrohung aberwitzig. Auch nach Annahme der Umverteilungsinitiative würden jährlich 1.3 Milliarden Franken für Neubeschaffungen zur Verfügung stehen. Dies ist bei weitem ausreichend, um eine hohe Modernisierungsfähigkeit zu bewahren.

## Das Ungleichgewicht beheben



die  
friedenspolitischen  
Initiativen

JA zur Umverteilungsinitiative  
– Sparen beim Militär  
am 26. November 2000

folie 10.1

Quelle: Ausgaben für die Landesverteidigung: Staatsrechnung 1990, Vörschlag 2000, Berechnung des Initiativkomitees 2010. Ausgaben für die internationale Friedensförderung: Berechnungen des Initiativkomitees (gestützt auf eine sehr umfassende Definition).

### Notizen

**Deshalb JA:** Zwischen den Ausgaben für die Landesverteidigung und den Ausgaben für die Friedensförderung besteht ein grosses Missverhältnis. Der Bund hat dieses in den letzten zehn Jahren etwas abgebaut. Die Umverteilungsinitiative sorgt dafür, dass er die Prioritäten auch in Zukunft so setzt, dass nicht fiktive, sondern tatsächliche Gefahren bekämpft werden.

**Unhaltbar ist** die Ansicht, **die Aufgabe der Friedensförderung könne allein der Armee zugeschoben werden.** Friedenserhaltende Einsätze von Schweizer Truppen können unter klar definierten Bedingungen zum Schutz der Zivilbevölkerung in Konfliktregionen beitragen. Dies kann jedoch niemals ersetzen, dass Konfliktverhütung, Konfliktbearbeitung und Konfliktbewältigung überwiegend zivile Aufgaben sind. Dafür fehlt heute aber das Geld.

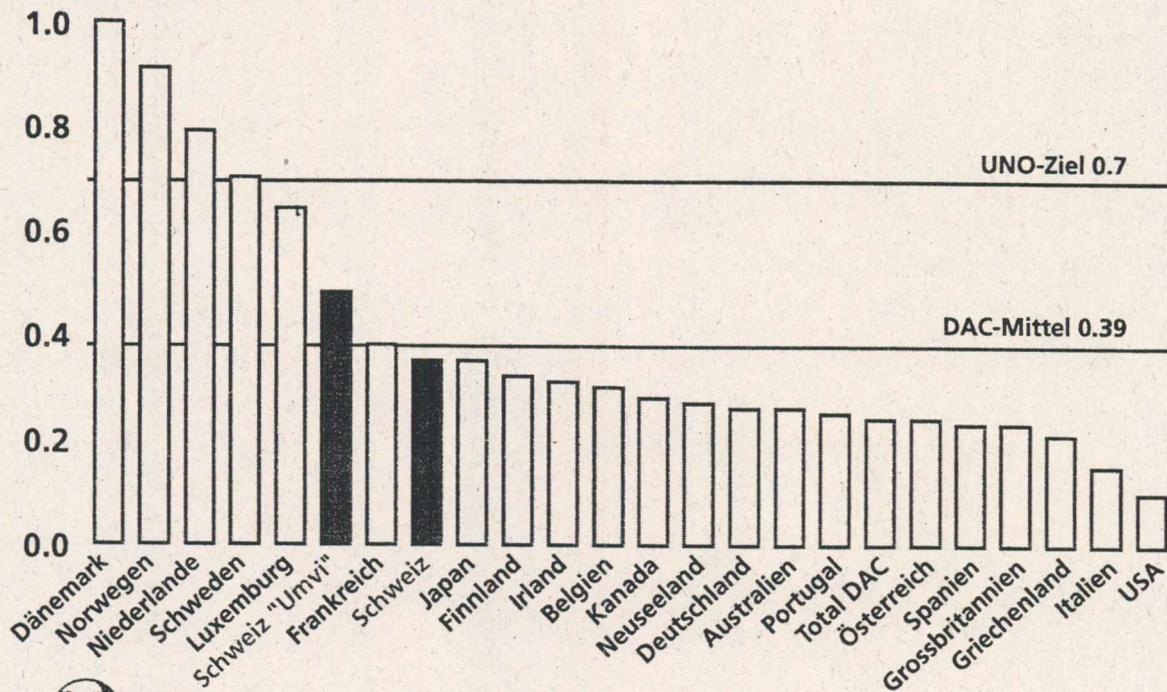
### Zur Erläuterung

Die Umverteilungsinitiative will den laufenden Trend verstärken: Sie fordert, die Landesverteidigungsausgaben auf rund 3.1 Milliarden Franken zu senken und die (sehr umfassend definierten) Ausgaben für die Friedensförderung auf rund 2.8 Milliarden Franken zu erhöhen.

Die im Jahre 2000 auf 1.65 Milliarden Franken hochgerechneten Ausgaben für Friedensförderung schliessen folgende Beträge mit ein: Alle Ausgaben für Demokratisierung, internationale kulturelle und politische Zusammenarbeit, Wahrung der Menschenrechte und Rechtsdurchsetzung (38 Mio.); für Rüstungskontrolle und Abrüstung (3.4 Mio.); für globale Umweltpolitik (56 Mio.); für Friedenserhaltung und Friedensförderung (53 Mio.); für Immobilien für die internationale Zusammenarbeit (27 Mio.); für die Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe, Finanzhilfe und Beiträge an Internationale Organisationen (1 311 Mio.); für die Osthilfe und weitere Hilfe an strukturschwache Regionen in Europa (170 Mio.). Viele dieser Bereiche können nicht als friedensfördernd im engern Sinne bezeichnet werden. Umso wichtiger ist es, die Weichen endlich richtig zu stellen und die Mittel dort zu investieren, wo die grössten Gefahren sind. Der Betrag für das Jahr 2010 berechnet sich so, dass **der seit 1990 beobachtbare Zuwachs fortgesetzt** wird und dank der Umverteilungsinitiative **zusätzlich jährlich 600 Millionen Franken für die internationale Friedensförderung eingesetzt** werden.

# Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit

Anteil am BSP, in %, 1999



die  
friedenspolitischen  
Initiativen

JA zur Umverteilungsinitiative  
– Sparen beim Militär  
am 26. November 2000

folie 11.b

Quelle: <http://www.oecd.org/dac/htm/HLM2000stats.htm> )OECD, News Release, Paris, 12 May 2000, Attachment 2 from Press Statement by the DAC Chairman, DAC High Level Meeting, 11-12 May 2000

DAC: Development Aid Committee

Notizen

**Deshalb JA:** Die Schweiz steht, was die Finanzen anbelangt, im internationalen Vergleich mit der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit schlecht da. Dies ist umso bedauerlicher, als die Qualität der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit – nicht zuletzt auf dem neuen Gebiete der Konfliktverhütung und Friedensförderung – von internationalen Organisationen als hervorragend bezeichnet wird. Ein JA zur Umverteilungsinitiative bedeutet, dass die Schweiz im internationalen Vergleich in das obere Mittelfeld aufrückt, was die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit anbelangt. Von einem Spitzenplatz wäre sie immer noch weit entfernt.

**Unhaltbar ist** es, die rasch steigende sicherheitspolitische Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit und internationalen Friedensförderung einfach zu ignorieren. Genau dies tun aber die Gegner der Umverteilungsinitiative.

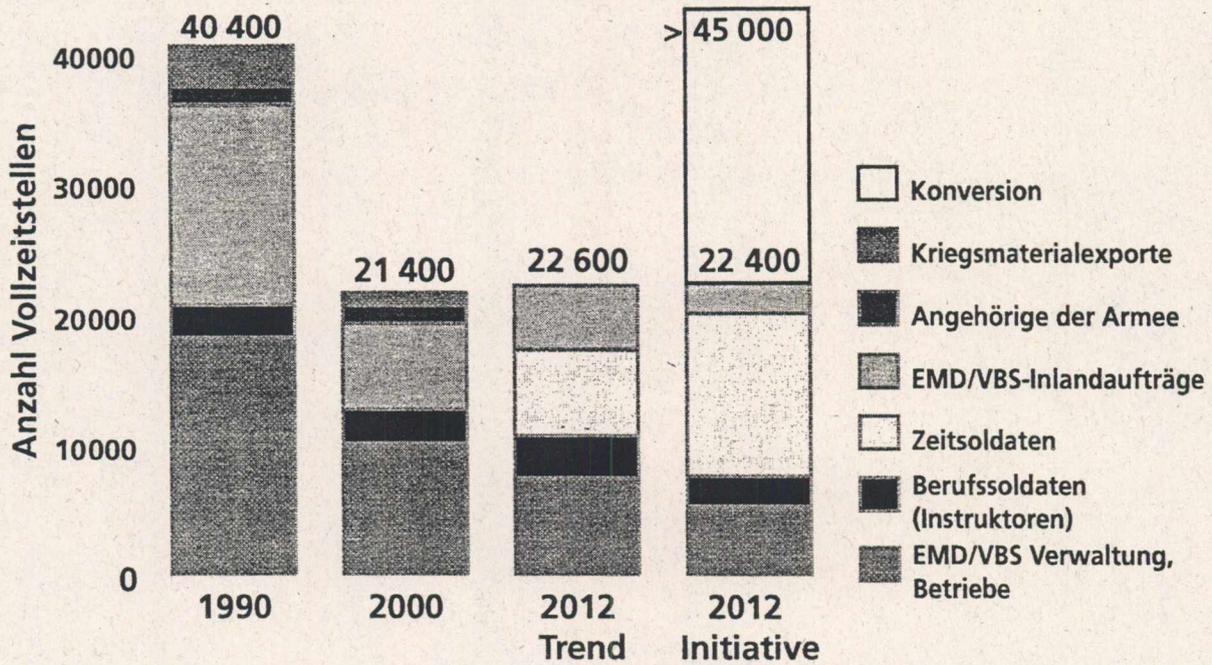
### Zur Erläuterung

Das Schaubild beruht auf den neuesten, am 12. Mai 2000 von der OECD in Paris veröffentlichten, noch provisorischen Zahlen. Sie zeigen, wie schlecht die Schweiz heute im internationalen Vergleich abschneidet, was die Höhe der öffentlich finanzierten Entwicklungszusammenarbeit anbelangt. Die Spendenfreudigkeit des Volkes, die den Schweizer Hilfswerken die Durchführung zusätzlicher Projekte ermöglicht, vermag diese unwürdige Situation nicht auszugleichen. Seit Anfang der 90er Jahre versprach der Bundesrat immer wieder, wenigstens 0.4 Prozent des Volkseinkommens (BSP) für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen. Gemäss den heutigen Finanzplanzahlen würde die Schweiz dieses Ziel erst im Jahre 2027 oder noch später erreichen. Solch hohle Versprechen sind für die Regierung eines demokratischen Rechtsstaates erniedrigend, ja ein Hohn.

Nach Umsetzung der Umverteilungsinitiative würde sich der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe von heute 0.35 Prozent des Bruttosozialproduktes auf rund 0.48 Prozent erhöhen. Von einem Spitzenplatz unter den OECD-Ländern wäre die Schweiz damit immer noch weit entfernt. Dänemark erreicht 1.0 Prozent.

# Militärabhängige Beschäftigung

1990, 2000, 2012 Szenario «Trend» und «Umverteilungsinitiative»



die  
friedenspolitischen  
Initiativen

JA zur Umverteilungsinitiative  
– Sparen beim Militär  
am 26. November 2000

Folie 12.1b

Quelle: SMUV-Studie zur militärabhängigen Beschäftigung

## Notizen

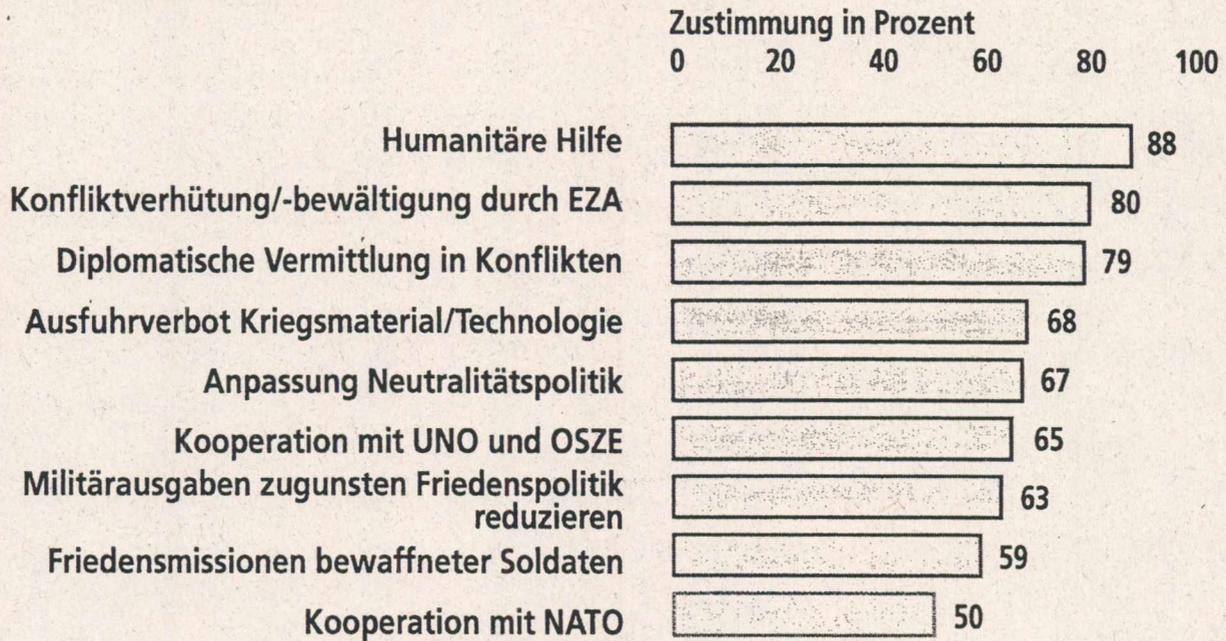
**Deshalb JA:** Von 40 000 militärabhängigen Arbeitsplätzen im Jahre 1990 sind heute noch 21 000 übrig. Der Bund überliess die vom Strukturwandel betroffenen Arbeitnehmer/innen und Regionen den Marktkräften. Dies ist verantwortungslos. Der Umbau des Militärssektors geht so oder so weiter. **Nur die Umverteilungsinitiative sorgt für die betroffenen Menschen und Regionen.** Sie stellt eine Milliarde Franken zur Verfügung, um neue, zukunftsgerichtete Arbeitsplätze zu schaffen.

**Unhaltbar ist** die Behauptung, **den vom Strukturwandel im Militärssektor betroffenen Menschen und Regionen könne nicht geholfen werden.** Eine solche Haltung ist zynisch und unentschuldig. Die Europäische Union löste in den letzten zehn Jahren mit ihrem Konversionsprogramm (CONVER I+II) in elf Mitgliedstaaten für Hunderte von Umbauprojekten öffentliche Investitionen von über 4 Milliarden Franken aus. Strukturschwache, militärabhängige Regionen erhielten dadurch Auftrieb auf zukunftsweisenden Gebieten. Die Umverteilungsinitiative sorgt dafür, dass solche Programme endlich auch in der Schweiz durchgeführt werden.

### Zur Erläuterung

Eine im Auftrag der Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen SMUV erstellte Studie über die wirtschaftliche Bürde der Landesverteidigung weist nach, dass von rund 40 000 militärabhängigen Arbeitsplätzen heute nur noch gut 21 000 übrig sind. Was aus den betroffenen Menschen und Regionen wurde, blieb den Marktkräften und den Sozialhaushalten überantwortet. Dass weder das VBS noch das Volkswirtschaftsdepartement eine Abfederungspolitik entwickelten, geht überwiegend auf ideologische Gründe zurück. Es gelang ihnen, in Form einer primitiven Sündenbockpolitik, die «Schuld» am Abbau jenen in die Schuhe zu schieben, welche die Militärausgaben für überhöht halten. Eine gezielte Umnutzung von Produktionsmitteln (Arbeit, Kapital, Boden), die der Militärssektor aufgrund des Strukturwandels freisetzte, kam so nicht zu stande. Heute ist ein grosser Teil dieses Potentials unwiderruflich verloren. Es ist aber nie zu spät. Der Strukturwandel im Militärssektor geht weiter. Die Umverteilungsinitiative sorgt dafür, dass den betroffenen Menschen und Regionen wenigstens in der Zukunft geholfen wird. Die SMUV-Studie zeigt auf, dass mit oder ohne Umverteilungsinitiative in den kommenden zehn Jahren mit rund 22 000 militärabhängigen Arbeitsplätzen zu rechnen ist. Ein grosser Teil davon werden aber Berufs- und Zeitsoldaten sein, bestehende industrielle Arbeitsplätze werden weiter abgebaut werden. Umso wichtiger wird eine **aktive Innovationspolitik**, die allein die Umverteilungsinitiative garantiert. Zudem entlastet die Initiative die Wirtschaft generell von der wirtschaftlichen Bürde der Landesverteidigung.

# Instrumente Sicherheitspolitik



**JA** zur Umverteilungsinitiative  
– Sparen beim Militär  
am 26. November 2000

Folie 13.1b

Quelle: Univox IV D 2000/Referat DEZA-Direktor Fust, 24.5.2000.

Notizen

**Deshalb JA:** Umfragen geben der Initiative recht. Wer mehr Sicherheit will, der denkt vor allem anderen an Aktionen der internationalen zivilen Zusammenarbeit und fordert, überflüssig gewordene Militärausgaben zugunsten der neuartigen Herausforderungen umzuverteilen.

**Unhaltbar ist** die Annahme, es gebe eine Trendwende. Es stimmt, dass die Prozentzahlen von Jahr zu Jahr schwanken. Trotzdem haben Meinungsumfragen immer dasselbe Ergebnis: Das Volk will an erster Stelle bei der Armee sparen.

### Zur Erläuterung

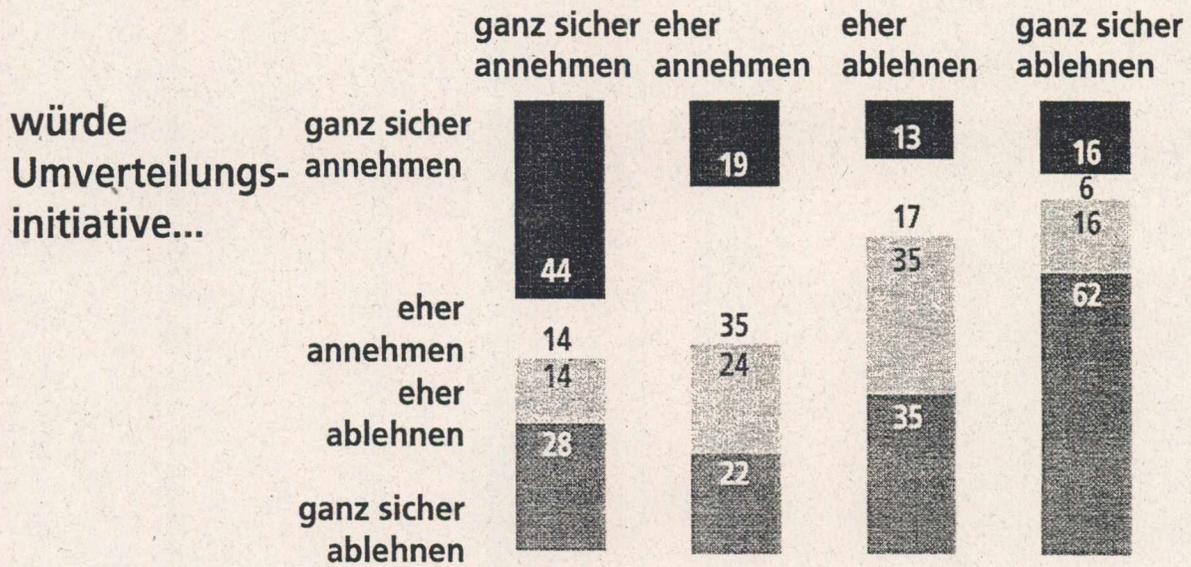
Direktor Walter Fust von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) stellte im Mai 2000 an der Delegiertenversammlung der Caritas Schweiz neueste Umfrageergebnisse vor. Die Fragen lauteten: Was gehen uns Konflikte in anderen Ländern überhaupt an? Was soll, kann und muss die Schweiz international für eine Rolle spielen? Mit welchen Gefahren müssen wir heute überhaupt rechnen? Welche Politik ist am besten geeignet, von unserem Land Gefahren und Gewalt abzuwenden und gleichzeitig internationale Solidarität auszuüben?

Die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von 700 Stimmberechtigten sind bemerkenswert: Eine überwältigende Mehrheit bewertet **nicht-militärische Gefahren** – auch im unmittelbaren Nachgang zum Kosovo-Krieg – heute höher als das traditionelle Sicherheitsrisiko «Krieg». Die Befragten glauben, dass folgende fünf Probleme unsere Sicherheit am meisten gefährden (in dieser Reihenfolge): 1. Armut in Entwicklungsländern und in Osteuropa (82%); 2. Globale Umweltzerstörung (81%); 3. Migrationsströme (77%); 4. Kriegerische Auseinandersetzungen (67%); 5. Diktaturen/Unterdrückung/Menschenrechtsverletzungen (67%).

Folgerichtig ist, welche Instrumente die Befragten im Rahmen einer modernen Sicherheitspolitik vorab einsetzen wollen (vgl. Folie). Breite Unterstützung erhalten die traditionellen zivilen Aufgaben der schweizerischen Sicherheitspolitik wie die **humanitäre Hilfe** und die diplomatische Vermittlung. Zusätzlich finden **neuartige, innovative Strategien** grosse Unterstützung, so der Einsatz der Entwicklungszusammenarbeit als Massnahme zur Konfliktverhütung. 63 Prozent sprechen sich deshalb in diesem Zusammenhang dafür aus, die Militärausgaben zugunsten einer zivilen Friedenspolitik zu reduzieren.

# Umfrage: Umverteilung und Blauhelme

würde Schaffung eines  
Blauhelm-Bataillons...



**JA** zur Umverteilungsinitiative  
– Sparen beim Militär  
am 26. November 2000

Folie 14.1b

Quelle: Karl W. Haltiner, Sicherheit 2000, ETH Zürich, S. 138.

Notizen

**Deshalb JA:** Wer die Schweiz **auch sicherheitspolitisch öffnen** will, stimmt der Umverteilungsinitiative zu.

**Unhaltbar ist** die Behauptung, die Umverteilungsinitiative blockiere den laufenden Reformprozess und **gefährde das Konzept «Sicherheit durch Kooperation»**. Vielmehr wird Bundesrat Adolf Ogi Unterstützer und Unterstützerinnen der Umverteilungsinitiative für sich gewinnen müssen, wenn er im Sommer 2001 eine Mehrheit für die Vorlage zur Bewaffnung von Schweizer Truppen im Ausland finden will.

### Zur Erläuterung

Für die Meinungsforscher um den ETH-Soziologen Karl W. Haltiner ist klar: Wer das Anliegen der Umverteilungsinitiative begrüsst, wünscht sich tendenziell auch Schweizer UNO-Truppen. 44 Prozent der «sicheren» BefürworterInnen der Umverteilungsinitiative würden auch «eher» oder «sicher» ein Ja bei der Schaffung eines Schweizer Blauhelm-Bataillons in die Urne werfen. Umgekehrt sind überzeugte GegnerInnen der Umverteilungsinitiative auch gleichzeitig überzeugte GegnerInnen von Schweizer Blauhelmen. 62 Prozent der Blauhelm-GegnerInnen lehnen die Umverteilungsinitiative «ganz sicher» ab.

Der Bundesrat wird es bei den zwei anstehenden Vorlagen, der Umverteilungsinitiative (26. November 2000) und der Revision des Militärgesetzes (voraussichtlich Sommer 2001) mit je unterschiedlichen Verbündeten zu tun haben. Die InitiativbefürworterInnen, die er im November bekämpfen will, wird er im Sommer 2001 teilweise als Unterstützer benötigen. Der Bundesrat ist gut beraten, wenn er nicht – wie schon 1993 einmal – den rechtsnationalen, reformfeindlichen Landsturm mobilisiert, um die Umverteilungsinitiative zu bekämpfen. Die BefürworterInnen der Umverteilungsinitiative sind ihrerseits gut beraten, die Notwendigkeit zu betonen, die Schweiz müsse sich auch sicherheitspolitisch öffnen und dazu beitragen, dass die Zivilbevölkerung in Konfliktgebieten wirksam geschützt werden kann, sofern die UNO und die OSZE dafür die völkerrechtlichen Grundlagen geschaffen haben.

## Unterstützende Organisationen der Umverteilungsinitiative – Sparen beim Militär

Gewerkschaften  
SGB

Frauen-  
organisationen  
EFS, SKF

Parteien  
SPS, Grüne

Hilfswerke (AG),  
Entwicklungs-  
politik (EvB)

Friedens-  
organisationen  
ARW, SFR

  
die  
friedenspolitischen  
Initiativen

**JA** zur Umverteilungsinitiative  
– Sparen beim Militär  
am 26. November 2000

Folie 15.1b

**Deshalb JA:** Die Umverteilungsinitiative wird **von den grössten gesellschaftlichen Organisationen unterstützt.**

**Unhaltbar ist** die Behauptung, die Umverteilungsinitiative **sei ein Projekt der «Armeegegner»**. Oder sind die Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas, der katholische und evangelische Frauenbund der Schweiz und der Schweizerische Gewerkschaftsbund, die nebst 50 anderen Organisationen die Umverteilungsinitiative mit der JA-Parole unterstützen, so zu bezeichnen?

### Zur Erläuterung

Die Umverteilungsinitiative ist 1995 schon als sehr breit abgestütztes Unternehmen gestartet: Elf Parteien und Organisationen gehörten zu den lancierenden, weitere rund fünfzig zu den unterstützenden Organisationen und Parteien. Weitere gewichtige Dachorganisationen und Verbände beschlossen ihre Unterstützung später. Die wichtigsten sind

**Parteien** wie die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP Schweiz), Grüne Partei der Schweiz (Grüne), Schweizerische JungsozialistInnen (JUSO Schweiz), Demokratisches Nidwalden, Frauenliste Basel, Grünes Bündnis Bern, Sozialistisch Grüne Alternative Zug, Solidarités u.a.m.

**Gewerkschaften** wie der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), bekräftigt von der Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen SMUV, dem Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD), der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI), Comedia u.a.m.

**Frauenorganisationen** wie der Katholische Frauenbund der Schweiz (SKF), der Evangelische Frauenbund der Schweiz (EFS) – beide beschlossen die JA-Parole ohne eine einzige Gegenstimme – die Frauen für den Frieden Schweiz u.a.m.

**Hilfswerke und entwicklungspolitische Organisationen** wie die Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas, Centrale Sanitaire Suisse, Schweizerisches ArbeiterInnenhilfswerk, Terre des hommes Schweiz; Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt, Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung, Erklärung von Bern, Solifonds, Theologische Bewegung für Solidarität und Befreiung u.a.m.

**Friedenspolitische und Menschenrechts-Organisationen** wie die Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot (ARW), Solidarité sans frontières, Christlicher Friedensdienst (cfd), Centre Martin Luther King (CMLK), Gesellschaft für bedrohte Völker, Schweizerischer Friedensrat (SFR), Service civil international, St. Katharina Werk u.a.m.

# JA zur Umverteilungsinitiative

## JA-Argument

Eine realistische,  
mehrheitsfähige Forderung

Sparen beim Militär :  
Eine kleinere Armee muss  
weniger kosten

Keine Sicherheit ohne  
bedrohungsgerechte Mittelverteilung

Für eine sichere AHV  
statt Bekämpfung  
nicht vorhandener Risiken

Die Volkswirtschaft von der  
militärischen Bürde befreien und  
den Strukturwandel abfedern

## Konkret

Wir nehmen den Bundesrat  
(SIPOL) lediglich beim Wort

Modernisierungsfähigkeit, Schlagkraft  
u. internationale Kooperationsfähig-  
keit der Armee bleiben voll gewahrt

Vielversprechende Projekte der  
Friedensförderung und  
Konfliktverhütung liegen vor

Ohne soziale Sicherheit im Inland  
keine internationale Friedensfähigkeit

Die militärabhängigen Arbeitsplätze  
sind so oder so bedroht – aber nur  
der Konversionsfonds bietet Hilfe



die  
friedenspolitischen  
Initiativen

JA zur Umverteilungsinitiative  
– Sparen beim Militär  
am 26. November 2000

Folie 16.1b

**Deshalb JA:** Die Umverteilungsinitiative ist ein realistisches, mehrheitsfähiges Projekt. Sie stellt die Weichen neu. Es gibt Menschen, deren Visionen weiterreichen. Es ist an der Zeit, einen ersten Schritt in die richtige Richtung zu tun.

**Unhaltbar ist** die Ansicht, es gehe **bloss um Sparen beim Militär.** Hinter der Umverteilungsinitiative steckt ein modernes und umfassendes friedens- und sicherheitspolitisches Konzept.

### **Zur Erläuterung**

In den nächsten Monaten und Jahren wird das Schweizer Volk noch mehrfach zu friedens- und militärpolitischen Vorlagen Stellung nehmen können: Im Sommer 2001 zur Bewaffnung von Schweizer Truppen im Ausland; im gleichen Jahr nochmals zur Abschaffung der Armee und für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst (ZFD). Was die Umverteilungsinitiative auszeichnet, ist ihr realistischer Ansatz: Sie nimmt den Bundesrat lediglich beim Wort und will laufende Trends verstärken. Es geht der Umverteilungsinitiative um mehr, als eine Diskussion anzuregen. **Diese Abstimmung kann gewonnen werden. Stellen wir die Weichen neu!**